

Parlamentarischer Vorstoss

2025/536

Geschäftstyp:	Postulat
Titel:	Perspektive Berufsbildung: Berufsberatung an den Mittelschulen. Bessere Unterstützung bei Abbrüchen
Urheber/in:	Jan Kirchmayr
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	Bammetter, Boerlin, Ismail, Jansen, Jaun, Kaufmann Urs, Koller, Locher, Mikeler, Roth, Schürch, Stöcklin, Strüby-Schaub, Weber Killer, Wyss
Eingereicht am:	27. November 2025
Dringlichkeit:	—

Ein nicht zu vernachlässigender Teil der Jugendlichen, die ein Gymnasium, eine Wirtschaftsmittelschule oder eine Fachmittelschule besuchen, bricht vorzeitig ab. Viele dieser Jugendlichen haben das Potenzial, eine anspruchsvolle Berufslehre zu starten, die sie fordert und in der sie ihre Fähigkeiten entfalten können. Doch dieses Potenzial wird nicht systematisch genutzt: zum Nachteil von Wirtschaft, Gesellschaft und den betroffenen Schülerinnen und Schülern.

Erstaunlicherweise wird das vorzeitige Abbrechen von Mittelschulen in der Schweiz statistisch nicht systematisch erfasst. Der Kanton Basel-Landschaft baut zurzeit ein Monitoring auf, das ab Ende 2025 Daten liefern soll. Die bereits vorliegenden Zahlen für die Schuljahre 2019 bis 2022 zeigen beispielsweise, dass die Ausfallquote im ersten Schuljahr in den basellandschaftlichen Gymnasien 16 Prozent beträgt.¹ Demnach treten etwa 140 Jugendliche bereits im ersten Jahr aus. Das ist eine nicht zu vernachlässigende Anzahl an Jugendlichen, die sich neu orientieren müssen.

Schulabbrecherinnen und -abbrechern im Gymnasium und an den anderen Mittelschulen wird aber nicht nur statistisch wenig Beachtung geschenkt. Sie werden auch beim Austritt aus der Schule zu wenig unterstützt, informiert und beraten. Alle Beratungsangebote, die ihnen zur Verfügung stehen, sind freiwilliger Natur. Und so wechseln gerade an den Gymnasien viele Jugendlichen an eine andere weiterführende Schule, ohne sich ernsthaft mit einer Berufslehre als Alternative auseinanderzusetzen.

Um das Potenzial von Schulabbrecherinnen und Schulabbrechern im Gymnasium und an den anderen Mittelschulen besser nutzen zu können, muss der Kanton aufbauend auf regelmässigem Monitoring ein verpflichtendes Case-Management für austretende Schülerinnen und Schüler

¹ Vgl. [Beantwortung der Interpellation 2024/53](#) «Ausstiegs- und Abbruchquote an den weiterführenden Schulen».

schaffen, um diese möglichst frühzeitig zu beraten, über Alternativen zum Gymnasium zu informieren und sie zu den nächsten Schritten zu motivieren. So können die Jugendlichen ohne grössere Umwege und Zeitverlust die für sie passende Ausbildung beginnen.

Ein vergleichbares Management existiert im Kanton Basel-Landschaft bereits in Form der Berufswegbereitung, die sich unter anderem auch an Jugendliche oder junge Menschen in der beruflichen Grundbildung richtet. Im Sinne der Gleichwertigkeit der Ausbildungswege muss für die Mittelschulen ein vergleichbares Angebot geschaffen werden.

Der Regierungsrat wird damit beauftragt, zu prüfen und zu berichten, wie ein verpflichtendes Case-Management für austretende Schülerinnen und Schüler der Mittelschulen (Gymnasien, FMS und WMS) geschaffen werden kann, das den Jugendlichen ermöglicht, ohne grössere Umwege die für sie passende Ausbildung zu beginnen.

Ein ähnlich lautender Vorstoss wird im Grossen Rat im Kanton Basel-Stadt eingereicht.